

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

**ein herzliches Grüß Gott an unsere Bürgermeisterinnen und
Bürgermeister,**

meine sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

**so jetzt geht´s richtig los, die nächsten 2 Monate werden von den
Haushaltsberatungen geprägt sein.**

**Zahlreiche Mitarbeiter, Bürgermeister, und natürlich die Stadträte
haben sich zahlreiche Gedanken gemacht, was in den nächsten
beiden Jahren unserer Stadt gut tun könnte.**

**Die Ausgangslage für die nun anstehenden und sehr
anstrengenden Beratungen zum städtischen Doppelhaushalt
2016/17 ist alles andere als einfach.**

**Die AfD-Gemeinderatsfraktion wird dabei versuchen die eigenen
Anträge plausibel zu erklären, selbstverständlich, wie in
Demokratien üblich, sind wir auch offen für alle Anträge der
politischen Mitbewerber. Bei uns zählt dabei nicht, wer einen Antrag
stellt, sondern ob er gut ist, also eine reine Sachorientierung,
schliesslich wollen wir einen ausgewogenen Haushalt für unsere
Stadt, also lassen Sie uns diskutieren und dann vernünftige
Schnittmengen finden. Vergessen wir die äusseren Stadtbezirke
nicht und schauen wir die Bilanztechnik an, was dazu führen
müsste, daß in das Anlagevermögen der Stadt auskömmlich
investiert wird.**

Im Rahmen des Doppelhaushalts planen Sie, Herr Erster Bürgermeister,
Kreditaufnahmen in Höhe von 462,4 Mio €. Der Pfad des soliden
Wirtschaftens, das die Finanzen der Stadt in den vergangenen Jahren
kennzeichnete, ist damit verlassen.

Wir anerkennen, dass der Rückgang bestimmter Einnahmearten,
insbesondere der Gewerbesteuer, dazu beigetragen hat. Wir
anerkennen auch, dass Schuldenaufnahme dann berechtigt sein kann,
wenn sie zu investiven Maßnahmen führt, die geeignet sind, die
Steuereinnahmen in der Zukunft zu erhöhen. Dies ist in Ihrem
Haushaltsentwurf, der eine enorm gesteigerte Zahl konsumtiver
Ausgaben aufweist, nur sehr bedingt zu erkennen. Was fehlt, ist ein
klares Konzept, wie insbesondere durch Maßnahmen der
Gewerbeförderung - hier vor allem der Neuansiedlung von Betrieben und

der Erleichterung der Ausdehnung bestehender Betriebe – die Wertschöpfung in der Stadt verbessert werden kann, um damit auch wieder steigende Steuereinnahmen zu ermöglichen. Dazu gehören nicht nur administrative Maßnahmen in der Stadt selbst, sondern auch die Einflussnahme auf politische Fehlentwicklungen, die auf die Stadt ausstrahlen. Eine solche Fehlentwicklung ist beispielsweise die extreme Verteuerung der elektrischen Energie für die produzierenden Betriebe, die in manchen Branchen inzwischen existenzgefährdend ist. Die Stadt sollte sich – hier auf dem Umweg über die Stadtwerke – von Beteiligungen an Windparks in anderen Bundesländern trennen, die nur zur Verteuerung der Stromerzeugung beitragen. Glücklicherweise hat der Oberbürgermeister mit seinem Vorhaben, auch auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart selbst unwirtschaftliche Windstromerzeugung betreiben zu wollen, Schiffbruch erlitten.

Um zu einer wirtschaftsfreundlicheren und damit mehr Steuereinnahmen generierenden Politik zu kommen, wird es erforderlich sein, sich von einigen Tabus zu trennen, die zu anderen Zeiten berechtigt erschienen, nun aber zur Gefahr für den wirtschaftlichen Rang der Stadt geworden sind. Dazu gehört vor allem die alte Vorgabe, in den bisher unbebauten Zonen der Stadt – und das sind immerhin zwei Drittel des Stadtgebiets! – keine Ausweitung der Gewerbe- oder Wohnbebauung zuzulassen. Wer eine wirtschaftlich wachsende Stadt will, muss auch im erforderlichen Umfang Flächen zur Verfügung stellen, die die Voraussetzung für vermehrte produktive Investitionen sind. Dies gilt für die Gewerbe- wie auch für die Wohnbebauung. Wie leicht es ist, sich hier über bisher geltende Vorgaben hinwegzusetzen, führt ja die Verwaltung am Beispiel der vielen, an bisher tabuisierten Stellen errichteten oder geplanten Einwandererunterkünfte vor.

Wir sehen bei unserem Tun und Lassen eine große Verantwortung für unsere Stadtgesellschaft, den Frieden in unserer Gesellschaft und den Menschen, die hier leben und unsere Stadt zu dem gemacht haben, was sie ist. Es geht auch darum unseren nachfolgenden Generationen, unseren Kindern und Kindeskindern ein positives Umfeld zu übergeben, seien es die finanziellen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Haushalt sollte dabei möglichst ohne neue Schulden auskommen, gleichzeitig wichtige Investitionen beinhalten. Dabei stehen bei uns die vielen Menschen im Vordergrund, die täglich ehrenamtlich arbeiten, sie sollten bei ihrem Wirken beste Rahmenbedingungen vorfinden, deswegen haben wir zahlreiche Anträge zur Sanierung der Sportanlagen gestellt. Aber auch die Angestellten, sowie Selbständigen brauchen beste Infrastruktur. Beginnend mit einer erheblich größeren Bedeutung für Straßensanierungen, aber auch beim

Ausbau der Feuerwachen, sowie beim städtischen Vollzugsdienst werden positive Impulse für ein sicheres und sauberes Stuttgart gesetzt, alles positive Standortfaktoren für unsere Stadt. Selbstverständlich brauchen wir auch für unsere Unternehmen beste Rahmenbedingungen, denn nur mit einer intakten Wirtschaft können viele Dinge überhaupt finanziert werden. Eine gesunde Wirtschaft ist sicherlich nicht alles, aber ohne eine gesunde Wirtschaft ist alles nichts. Dabei ist uns vor allem der inhabergeführte Einzelhandel ans Herz gewachsen, der vor allem vor Ort sehr vieles bewegt. Dabei muss dafür gesorgt werden, daß vor Ort genügend Parkplätze vorhanden sind, die Menschen wollen nicht umerzogen werden zudem ist und bleibt es Fakt, daß für große, schwere Einkäufe nunmal das Auto, das geeignetste Verkehrsmittel ist. Zudem war ist und bleibt nunmal der Kofferraum der größte Einkaufskorb der Menschen. Es macht aber nicht nur bei diesem Beispiel keinen Sinn, die verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Es geht um ein Miteinander wir müssen dazu kommen, daß wir Mobilität anbieten und dabei beste Infrastruktur für den Individualverkehr, weswegen wir zusätzlich 15 Mio Euro für Straßensanierungen wollen, aber auch ein Ineinandergreifen des ÖPNV

Jeder sollte für seine individuelle Fortbewegung die bestmöglichen Möglichkeiten vorfinden, damit es selbstverständlich wird, daß jeder auch stets selbst wählen kann, was für ein Verkehrsmittel er für welche Strecke an welchem Tag nehmen möchte. Zwang ist auch hierbei ein schlechter Wegbegleiter und ob Radwege, die nur den restlichen Verkehr aufhalten sinnvoll sind darf sicherlich auch hinterfragt werden.

Auch das Drehen an der Steuerschraube ist aktuell wenig sinnvoll, wer die Gewerbesteuer erhöhen will wirft den Unternehmen weitere Hürden in den Weg, macht den Wirtschaftsstandort unattraktiver, also Hände weg von solchen schädlichen Faktoren.

Wenden wir uns nun dem Thema zu, das die meisten Menschen am meisten bewegt und das sich gleichwohl im Entwurf des Doppelhaushalts nur eingeschränkt spiegelt:

Zuallererst muss ich aber auf den Oberbürgermeister der Stadt Tübingen kommen, Boris Palmer, beinahe Oberbürgermeister unserer Stadt, sagte, daß wir „eine extreme Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik brauchen, wir schaffen das nicht“, gut als OB hat der gute Mann täglich damit zu tun, mehr wie die Landesvorsitzende der Grünen, Thekla Walker, ich habe sie als Kollegin in diesem Haus stets sehr geschätzt, die der AfD Verantwortungslosigkeit vorgeworfen hat, weil wir wie der Tübinger OB Obergrenzen und eine Kehrtwende fordern.

Ein interessanter Einwurf kam Anfang der Woche aus den Reihen der katholischen Kirche: Der Erzbischof von Valencia, Kardinal Antonio Conizares Llovera sprach von einer „Invasion der Einwanderer“, die sich als „trojanisches Pferd“ erweisen könnte. Man müsse, so der Kardinal, „scharfsinnig sein und hinterfragen, wer hinter alledem steckt, desweiteren stellte er die Frage kommen die Menschen wirklich, weil sie verfolgt werden? Was seiner Meinung nach nur auf sehr wenige zutreffe.

Den europäischen Staaten warf der Kardinal vor, auf die Flüchtlingskrise mit Gesten und Propaganda zu reagieren. Dabei dürfe man mit dem was zur Zeit geschehe nicht spielen

So eine ranghoher Würdenträger der katholischen Kirche. Wenn der Mann nicht Kardinal der katholischen Kirche wäre, sondern zum Beispiel Stadtrat in Stuttgart so würde er für seine offenen Worte vom Stadtdekan der gleichen Vereinigung übelst beschimpft werden.

Also eine wahre Invasion von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, die von der Bundesregierung auf mindestens 1,5 Millionen für dieses Jahr veranschlagt wird. Grob geschätzt, entfallen auf Stuttgart von diesen 1,5 Millionen etwa 1%, also ca. 15.000 bis zum Ende des Jahres. Sollten die jetzt angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung greifen, wäre für 2016 nur noch mit einem Zuzug von etwa 800.000 illegalen Einwanderern zu rechnen sein, denn das sind sie Für Stuttgart hieße das: mindestens 8.000 weitere Migranten aus der ganzen Welt.

Was soll in Stuttgart mit den dann 23.000 Migranten geschehen ? Wir bestreiten Ihnen, Herr Erster Bürgermeister Föll nicht, dass Sie und Ihr ganzer Stab sich redlich mühen, für die immer neuen und immer größeren Wellen Unterkünfte bereitzustellen. Entgegen den ursprünglichen Beteuerungen sind wir inzwischen aber bei den Turn-, Sport- und Messehallen angekommen, in denen die ins Land gelockten Migranten in kaum noch menschenwürdiger Weise untergebracht sind. Es ist ihnen gelungen, jedem bisher Angekommenen ein Dach über dem Kopf und Verpflegung zu bieten, aber auch das wird, wie man sieht, immer schwieriger. Bleibt es bei den aktuellen Prognosen, werden die in den Tranchen 5 und 6 ausgewiesenen Mittel für Unterkünfte sowie die enorm steigenden Aufwendungen für Betreuung, Verwaltung, Sicherheit, medizinische Versorgung usw. nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten decken.

Hinzu kommt, dass – wiederum nach Angaben des Bundesinnenministers – pro Einwanderer mit dem Nachzug von durchschnittlich vier Angehörigen zu rechnen ist. Für Einwanderer mit Asylanspruch (und nur diese können Angehörige nachziehen) wären das nach Zahlen der BAMF bis Ende 2016 etwa 757.000 Personen, die in

2017 über 3 Millionen Angehörige nachziehen können. In Stuttgart wären dann bis Ende 2017 nochmals 30.000 Einwanderer unterzubringen und zu versorgen, also insgesamt knapp 60.000. Dies alles sind, ich wiederhole es, offizielle Zahlen der Bundesverwaltung, keine Hirngespinnste von Panikmachern.

Angesichts solcher Perspektiven könnte man erwarten, dass Sie, Herr Erster Bürgermeister und auch Sie, Herr Oberbürgermeister, ein Konzept entwickeln, wie Sie mit dieser Lawine von Zuwanderern fertig werden wollen – und auch mit den ansässigen Bürgern, die das alles kaum tatenlos hinnehmen werden. Von einem solchen Konzept ist nichts zu sehen; stattdessen eilen Sie von einer Improvisation zur nächsten und zeigen sich bei jeder neuen Welle von zugewiesenen illegalen Einwanderern überrascht. Vielleicht haben Sie ja ein Konzept, Sie zeigen es aber nicht, weil die dann zu verkündenden Maßnahmen zu Lasten der Bürger – und zwar der Herkunftsdeutschen wie der gut integrierten früheren Einwanderer – und nochmals, daß es auch niemand missverstehen kann, der es nicht wirklich missverstehen will, damit meine ich den Metzger aus Heselach genauso wie den Bäcker aus Weilimdorf, den aus Neapel gekommenen Pizzabäcker genauso wie den IT-Entwickler aus Indien, den türkischstämmigen Rechtsanwalt oder den Journalist, der in Kiel geboren wurde. Nur stellt sich dann auch die Frage warum sich diese Willkommenskultur nur auf die Flüchtlinge fokussiert? Einwanderer aus Südeuropa haben sehr große Probleme hier Fuß zu fassen und die Unterstützung dieser Menschen, die aus unserem Kulturraum kommen lässt sehr zu wünschen übrig. Die Verkündung dieser Massnahmen müssten so brutal sein, dass Sie jeden Rückhalt in der Bevölkerung verlieren würden. Die Forderung, die wir an Sie richten müssen, kann daher nur heißen: Schenken Sie uns endlich reinen Wein ein und stellen Sie dar, was auf uns zukommt und wie Sie darauf reagieren wollen! Stellen Sie in den Haushalt von 2016 und 2017 nicht nur die Tranche 6 ein, die 600 Plätze schaffen soll und das erst in 2017, sondern sagen Sie uns, was wirklich auf uns zukommt und mit welchen Maßnahmen – von Nachtragshaushalten oder beginnender Wohnungs-Zwangswirtschaft bis zu hoher zusätzlicher Verschuldung – Sie der Entwicklung begegnen wollen!

Wenn jeden Monat 1.200 neue Flüchtlingsantragsteller in unsere Stadt kommen, im DHH 16/17 jedoch nur 600 Plätze geschaffen werden sollen, kann man sich ausrechnen, wann weitere Sporthallen eingezogen werden.

Was wir mindestens ebenso vermissen wie eine klare finanzielle und planerische Perspektive für die kommenden zwei Jahre ist eine politische Stellungnahme Ihrerseits, sehr verehrte Herren und Damen

Bürgermeister, die den Bürgern Klarheit gibt, wie Sie zu den in unserer Geschichte beispiellosen Vorgängen stehen. Die Bürger möchten wissen, ob Sie den Zuzug zehntausender von Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten, aus Afrika und Asien nach Stuttgart ganz in Ordnung finden oder ob Sie die damit verbundenen materiellen Lasten und – wichtiger noch – die beginnende tiefe Veränderung der kulturellen Identität in diesem Lande und in dieser Stadt mit Sorge sehen. Wäre letzteres der Fall, könnte man erwarten, dass Sie sich den Appellen so vieler anderer Bürgermeister, Landräte und anderen politisch Verantwortlichen anschließen und die Bundesregierung auffordern, nun endlich wirklich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die über das bisher beschlossene halbherzige Gewurstel weit hinausgehen. Mit der Wiederholung des Leerformelapparats der Willkommenskultur, jedenfalls nicht, wenn Sie Ihre Glaubwürdigkeit als Sachwalter der Bürger nicht ganz verlieren wollen.

Der Friede in unserer Stadtgesellschaft ist gefährdet, geben sie allen Menschen unserer Stadt Hoffnung, lassen sie uns einen Haushalt aufstellen, der möglichst vielem gerecht wird.